

POLITISCHE BILDUNG IM GW-UNTERRICHT

BEUTELSBACHER KONSENS

(BUNDESZENTRALE ZUR POLITISCHEN
BILDUNG 2011)

Drei Elemente

- **Überwältigungsverbot**

Ziel ist der mündige Lernende. Er soll sich ein selbstständiges Urteil sich bilden.

- **Kontroversitätsgebot**

Was in Wissenschaft und Politik kontrovers ist, muss auch im Unterricht kontrovers dargestellt werden.

- **Lernenden- und Bildungsorientierung**

Der Lernende muss in die Lage versetzt werden, eine politische Situation und seine eigene Interessenslage zu analysieren.

HEINZ
FASSMANN
(2006, S. 7)

Drei Grundbedingungen

- Lebensweltliche Anbindung
- Überwältigungsverbot bzw. Indoktrinationsverbot
- Kontroversitätsprinzip

Reflexive politischen Bildung

„Politische Bildung soll die Schüler zur **politischen Selbstbestimmung, Selbstreflexion und zur Analyse eigener und fremder Interessen befähigen**. Wissen, selbstständiges Urteilen und politisches Handeln sind die übergeordneten Ziele.“
(Fassmann, 2006, S. 7)

DREI DIMENSIONEN POLITISCHER BILDUNG (FASSMANN, 2006)

- **Polity** – *formale Dimension*
institutionelle Ordnung, Strukturen des Staates wie Verfassung, Gesetze, Institutionen, ...
 - Benennen und Beschreiben der Entscheidungsträger, der Regeln für die Entscheidungen
- **Policy** – *Dimension von Inhalt und Wirkungen*
Sachpolitik der Entscheidungsträger: politische Ideen, Initiativen und Konzepte. Ein multiperspektivischer Blick von außen
 - Analyse, Synthese und Begründung für die Entscheidung eines „politischen Kompromisses“
- **Politics** – *prozedurale Dimension*
Verlauf der Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse zwischen den Beteiligten (Bürger*innen, Keyholdern/Entscheidungstragenden, Stakeholdern/Interessensvertretungen, ...)
 - Identifikation und Dekonstruktion von Interessen, Grundhaltungen und Weltbildern

DIMENSIONEN RAUMBEZOGENEN HANDELNS IM GW-U

- Im GW-Unterricht: Vor allem **Policy** → konkrete Maßnahmen und Programme
- Raumbezogenes Handeln ist immer auch politisch!
- Alltägliche Entscheidungen wie Wohnortwahl, Einkaufsverhalten oder Urlaubsziele sind mit gesellschaftlichen Machtstrukturen verbunden.
- Raumgestaltung durch Raumordnung, Infrastruktur oder Stadtentwicklung ist Ausdruck politischer Interessen und Entscheidungen.
- Partizipation an kommunalen Prozessen (z. B. Flächenwidmungspläne) zeigt, wie Bürger*innen aktiv in politische Prozesse eingebunden sind.
- Geographie ist somit nicht nur naturwissenschaftlich, sondern auch gesellschaftlich und politisch relevant!

(Fassmann, 2000)

AUFGABE

Betrachten Sie Ihr Schulbuch und arbeiten Sie exemplarisch Aspekte heraus, welche Inhalte und Aufgaben zu

- Polity
- Policy
- Politics

im Schulbuch zu finden sind.

LITERATUR

- Bundeszentrale zur politischen Bildung (Hrsg.) (2011) Beutelsbacher Konsens zur politischen Bildung. Web: <http://www.bpb.de/die-bpb/51310/beutelsbacher-konsens> (18.11.2020)
- Faßmann H. (2006): Wie politisch ist die Geographie? – Zum Verhältnis GW und Politische Bildung.- In: GW-Unterricht 101, S. 7 ff

DER EUROPÄISCHE BINNENMARKT UND SEINE VIER FREIHEITEN

DIDAKTISCHE ÜBERLEGUNGEN

- 6. Klasse AHS
- Groblernziel/Lehrplanbezug: *Maßnahmen und (persönliche) Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes erörtern*
- Basiskonzept „*Märkte, Regulierung und Deregulierung*“

EINSTIEG

- Betrachten der Wahlplakate und -slogans in 5 Gruppen



- Diskussion und Recherche in der Gruppe



- Welche Ansichten könnten sich dahinter verstecken?

„Es ist nicht nur eine Klimawahl, sondern auch eine Wahl für Demokratie, Freiheit und Frieden. Wir kämpfen für eine föderale Republik Europa. Dabei sind grüne Werte handlungsweisend für unsere Zukunft.“

Werner Kogler, Grüner Spitzenkandidat



					
Institutionen	Der EU-Vertrag wird erneuert, die Bevölkerung in den Mitgliedstaaten stimmt in einem Referendum darüber ab. Die Kommission wird verkleinert. Straßburg wird als Standort aufgelassen. Das Vetorecht einzelner Mitgliedstaaten fällt in vielen Bereichen.	Das EU-Parlament bekommt ein echtes Initiativrecht für Gesetze. Die Kommission wird verkleinert und neu organisiert. Langfristig soll der Rat zu einer zweiten Kammer neben dem Parlament umgestaltet werden. Das Mehrheitsprinzip wird verstärkt.	Die EU muss sich auf ausgewählte Bereiche konzentrieren. Die EU-Kommission und das EU-Parlament sollen um die Hälfte der Posten verkleinert werden. Und zusätzlich werden noch 60.000 Mitarbeiterjobs gestrichen.	Das Ziel sind Vereinigte Staaten von Europa. Es gibt eine Europa-Regierung mit einem direkt gewählten Kommissionschef. Die Macht des EU-Rats wird beschnitten, das Einstimmigkeitsprinzip fällt. Im EU-Parlament können Gesetzesinitiativen eingebracht werden.	Das EU-Parlament wird dem Rat gleichgestellt und bekommt ein echtes Initiativrecht für Gesetze. Mittelfristig wird eine zweite Kammer installiert, die von den Mitgliedstaaten demokratisch beschickt wird. Bei EU-Wahlen gibt es transnationale Kandidatenlisten.
Sicherheit	Spitzenkandidat Othmar Karas sprach sich in der Vergangenheit für eine EU-Armee aus. ÖVP-Chef Sebastian Kurz lehnt sie allerdings ab. Im Europaprogramm tritt die Partei für eine verstärkte Zusammenarbeit und eine eigene Kriseneingreiftruppe ein.	An den – gemeinsam kontrollierten – EU-Außen- grenzen werden Verfahrenszentren eingerichtet. Asylverfahren dauern maximal drei Monate, danach werden die Menschen nach Quoten auf die EU-Staaten verteilt. Es gibt einen europäischen Investitionsplan für Afrika.	Es entsteht keine gemeinsame EU-Armee, vor allem nicht für Einsätze außerhalb der Europäischen Union. Dafür gibt es enge europäische Kooperationen, zum Beispiel bei Beschaffungen. Das Einstimmigkeitsprinzip bleibt erhalten.	Eine EU-Armee mit gemeinsamer Befehlsstruktur, die unter parlamentarischer Kontrolle steht, wird vorbereitet. Zur besseren Vernetzung nationaler Informationen wird ein europäischer Nachrichtendienst aufgebaut.	Es gibt eine gemeinsame Außen- und Friedenspolitik. Waffenexporte an Diktatoren und Kriegsparteien werden eingestellt, die Mittel zur Entwicklungszusammenarbeit aufgestockt.
Asyl	Die EU-Grenzschutzagentur führt Rückführungen durch. Unionsstaaten, die Flüchtlinge und illegale Migranten nicht registrieren, erhalten Strafzahlungen. Drittstaaten, die abgelehnte Asylwerber nicht zurücknehmen, bekommen keine Entwicklungshilfe.	UNO und OSZE als Foren der internationalen Konfliktbeilegung werden gestärkt. Auch die EU nimmt eine aktiver Rolle ein. Waffenexporte in Kriegs- und Krisenregionen werden verboten. Mindestens 0,7 Prozent der Bruttonationaleinkommen fließen in Entwicklungszusammenarbeit.	Der EU-Außenengrenzschutz hat oberste Priorität, bis auf Weiteres bleiben nationale Grenzkontrollen bestehen. Außerhalb der EU werden Ankerzentren errichtet, wo Asylverfahren entschieden werden. Quotenverteilungen zwischen den Mitgliedstaaten werden abgelehnt.	Die Schaffung einer europäischen Asylbehörde sorgt dafür, dass die Standards für Asyl einheitlich sind. Die Europäische Grenzwache wird gestärkt, damit die Außenengrenzen besser kontrolliert werden. Innerhalb des Schengenraums gibt es keine Grenzkontrollen (mehr).	Es braucht eine Alternative zum Dublin-System. An den EU-Außenengrenzen, die kontrolliert werden, können Asylanträge gestellt werden. Flüchtlinge werden gerecht auf die Mitgliedstaaten verteilt, familiäre Bindungen dabei berücksichtigt. Auch Umsiedlungen gibt es.

Orientierungshilfe (Verändert:

[https://diepresse.com/home/euwahl/5629491/Positionen_Orientierungshilfe-zum-Download-fuer-Unentschlossene \[09.06.2019\]](https://diepresse.com/home/euwahl/5629491/Positionen_Orientierungshilfe-zum-Download-fuer-Unentschlossene [09.06.2019])

Soziales	<p>Für Soziales, Gesundheit und Familienpolitik sind nach dem Subsidiaritätsprinzip die Nationalstaaten zuständig. Einen einheitlichen Mindestlohn gibt es nicht, aber Mindeststandards in bestimmten Bereichen – zum Beispiel bei der Arbeitszeit.</p>	<p>Europaweite Mindestlöhne und Mindeststandards werden definiert. Lohn- und Sozialdumping wird sanktioniert. Geschäftsführer und Vorstände haften persönlich. Es gibt auch eine europäische Sozialversicherungsnummer. Die Arbeitszeit wird bei vollem Lohnausgleich verkürzt.</p>	<p>Für Sozialpolitik sind die Nationalstaaten zuständig, eine Sozialunion wird abgelehnt. Änderungen können nur von Politikern oder Bürgern vor Ort beschlossen werden. Damit wird der Zuzug aus anderen Staaten in das Sozialsystem minimiert.</p>	<p>Sozialpolitik bleibt in der Verantwortung der Nationalstaaten. Indem ein einheitliches Benchmarking geschaffen wird, werden Daten und Leistungen (faktisches Pensionsantrittsalter, Armutsbekämpfung etc.) besser vergleichbar. So können Mindeststandards einfacher definiert werden.</p>	<p>Neue Regelungen gewährleisten angemessene Mindesteinkommen in allen EU-Staaten. Für jedes Land werden soziale Qualitätsstandards festgelegt, angepasst an die jeweilige ökonomische Situation. Innerhalb der EU darf es kein Sozialdumping geben.</p>
Steuern	<p>Staaten, die gemeinsame Budgetregeln nicht einhalten, werden sanktioniert. Große Digitalkonzerne sollen in der EU Steuern zahlen. Prioritäten für das Budget liegen beim Umgang mit illegaler Migration, bei Digitalisierung und Klimaschutz.</p>	<p>Auf dem Wunschzettel stehen: eine „echte Besteuerung“ von Internetkonzernen. Mindeststeuersätze auf Unternehmensgewinne. Eine CO₂-Steuer. Eine Finanztransaktionssteuer. Und: das Ende des Einstimmigkeitsprinzips in Steuerfragen.</p>	<p>Eigene EU-Steuern werden nicht erhoben, die Steuerhoheit bleibt bei den Nationalstaaten. Die Beiträge für das EU-Budget sollen maximal ein Prozent des BIPs ausmachen. Mitgliedstaaten können auf freiwilliger Basis einen Mindestrahmen für die Besteuerung von Konzernen beschließen.</p>	<p>Die Steuern auf Arbeit werden gesenkt. Dafür werden eine Digitalsteuer und – zwecks Ökologisierung des Steuersystems – eine europaweite CO₂-Steuer eingeführt.</p>	<p>Eine Finanztransaktionssteuer wird eingeführt, Steuerdumping zugunsten großer Unternehmen scharf sanktioniert. Und jene Bereiche, die Folgekosten generieren, werden höher besteuert, etwa Flüge. Außerdem kommt eine europaweite Abgabe für Kreuzfahrtschiffe.</p>
Klima	<p>Der Fokus im Verkehr liegt auf E-Mobilität und Schiene. Strom muss aus erneuerbaren Energien kommen. Auf globaler Ebene braucht es einen CO₂-Mindestpreis. Hochwertige Batterien sollen „made in Europe“ sein. Bürger erhalten einen Anreiz für Fotovoltaik.</p>	<p>Bis 2030 gelingt die Energiewende: raus aus der Atomkraft, weg von den fossilen Brennstoffen. Das europäische Schienennetz wird ausgebaut, E-Mobilität gefördert. Mit Staaten, die sich nicht an das Pariser Klimaabkommen halten, gibt es keine Handelsverträge mehr.</p>	<p>Eine EU-weite Steuer auf Plastik wird abgelehnt. Der Energiemix ist nationale Angelegenheit und hängt bei vielen Mitgliedstaaten auch von den entsprechenden Rohstoffvorkommen ab. Die Energiegewinnung durch Kohle soll in den nächsten 15 Jahren nicht EU-weit verboten werden.</p>	<p>Zusätzlich zu den Einsparungen im Agrarbudget (siehe Landwirtschaft) wird der zweite Sitz des EU-Parlaments in Straßburg eingespart. Die frei gewordenen Mittel – eine Milliarde Euro pro Jahr – werden zur Bekämpfung des Klimawandels eingesetzt und in erneuerbare Energien investiert.</p>	<p>Bis 2030 wird Europa frei von Atomkraft. Die gefährlichsten AKW werden sofort abgeschaltet. Das Ziel ist der Übergang auf „hundert Prozent erneuerbare Energien“. Nach 2030 werden in der EU keine Autos mehr verkauft, die mit fossilen Brennstoffen angetrieben werden.</p>
Landwirtschaft	<p>Die Mittel für ländliche Entwicklung werden nicht gekürzt. Bei Direktzahlungen werden aber kleinere Agrarbetriebe begünstigt. Für europäische Lebensmittel gilt eine lückenlose Herkunftsbezeichnung.</p>	<p>Große Agrarkonzerne werden nicht mehr, regionale Produkte stärker gefördert. Die Agrarpolitik wird auf Nachhaltigkeit ausgerichtet: Wer Fördermittel möchte, muss den Einsatz von Pestiziden reduzieren. Mittel, die Bienen gefährden, und Glyphosat werden umgehend verboten.</p>	<p>Die maximale Transportzeit für Lebendtiere übersteigt nicht acht Stunden. Dafür wird der Fleischtransport gefördert. Die EU-Agrarsubventionen sollen sich auf biologische Betriebe konzentrieren.</p>	<p>Die gemeinsame Agrarpolitik wird um zehn Prozent gekürzt – das sind rund 36,5 Milliarden Euro. Das Geld fließt in den Klimaschutz.</p>	<p>Die Agrarförderpolitik wird grundlegend reformiert, weg vom Prinzip, dass die großen Betriebe am stärksten profitieren. Der Einsatz von Pestiziden wird drastisch reduziert, die giftigsten werden sofort verboten. Genauso wie Glyphosat.</p>

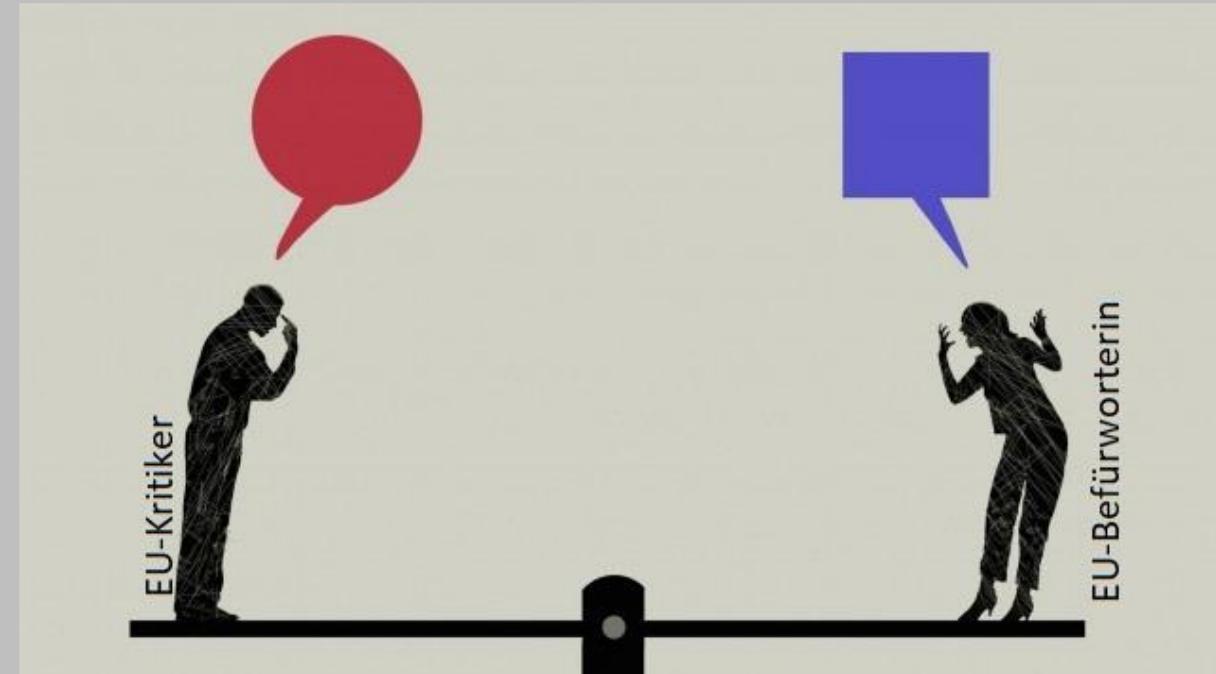
DISKUSSION

- Gruppensprecher*in wird ausgewählt
- Diskussion zu den Positionen der einzelnen Parteien im Plenum



ARGUMENTATIONSWIPPE

- Argumente dem EU-Kritiker oder der EU-Befürworterin zuordnen
- Kurze Diskussion über die Zuordnung



Verändert: https://www.deutschlandfunkkultur.de/streitkultur-in-der-krise-ist-die-akademische-debatte-noch.1008.de.html?dram:article_id=398477 [30.05.2019])

2./3. UNTERRICHTSEINHEIT, HAUSÜBUNG & LEISTUNGSFESTSTELLUNG

WEITER SCHRITTE

- Argumentationswippe aufgreifen: Wie EU-kritisch oder EU-befürwortend treten die österreichischen Parteien im Wahlkampf auf?
- Video: „Welche Vorteile genießen Privatpersonen als EU-Mitglieder?“
- Vier Freiheiten in der EU: Freiheiten mithilfe der genannten Vorteile erarbeiten (Brainstorming & Mindmap)
- Gruppenarbeit: Fiktive Interviews (Freier Personen-, Waren-, Dienstleistungs- & Kapitalverkehr)
- Rollenspiel: Fiktive Personen aus der Gruppenarbeit diskutieren
- Hausübung/Reflexion: Welche Vorteile des europäischen Binnenmarkts begegnen dir persönlich im Alltag?
- Hausübung: Interview mit +Familienmitgliedern, Bekannten, weiteren Personen führen und Kernaussagen verschriftlichen: Welche Vorteile bringt Ihnen der europäische Binnenmarkt?

BILDQUELLEN

- FPÖ - Wir verstehen eure Wut (<https://www.goal.ch/plakatiert-europa/> [30.05.2019])
- Die Grünen (<https://www.gruene.at/europawahlprogramm> [30.05.2019])
- Neos - Freie Fahrt (https://www.meinbezirk.at/kufstein/c-politik/neos-starten-plakataktion-an-der-grenze-kufstein-kiefersfelden_a3390891 [30.05.2019])
- SPÖ - Wählen statt Schweigen (<https://europa.spoe.at/> [30.05.2019])
- ÖVP - ein besseres Europa
(https://media.diepresse.com/images/uploads_h425/9/3/3/1591603/EU-WAHL-ZWEITE-PLAKATWELLE-DER-VP_1398161261345768.jpg [30.05.2019])